

BSU



Zentralarchiv

MfS - BdL 1 Dok.

Nr. 00 1073

1. Exemplar

BSU
000001

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
1. Stellvertreter des Ministers

Geheime Verschußsache

MIS 003 Nr. 187/66

Bestätigt: *Milky*
Generaloberst

Auftrag: 298
Ausführung: 25 Bl.

Berlin, den 10.05.1966

D u r c h f ü h r u n g s a n w e i s u n g Nr. 1

zum Befehl Nr. 10/66

Inhalt: Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zum Schutze der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik

Der Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates und die Verordnung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zum Schutze der Staatsgrenze und zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten übertragen dem Ministerium für Staatssicherheit eine Reihe spezifischer Aufgaben, wie sie im Befehl Nr. 10/66 des Ministers für Staatssicherheit befohlen und in der Durchführungsanweisung Nr. 1 dazu präzisiert werden.

I.

Die Tätigkeit der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit an der Staatsgrenze, in den Grenzgebieten und Territorialgewässern der Deutschen Demokratischen Republik ist zielgerichtet und koordiniert auf

- die exakte Kenntnis der politisch-operativen Lage im Handlungsbereich einschließlich des Vorfeldes an der Staatsgrenze zu Westdeutschland, zu Westberlin und Nord (Küste),
- die Bekämpfung und Liquidierung feindlicher Erscheinungen,
- die Aufdeckung von verbrechensbegünstigenden Umständen,
- die Verhinderung von Verstößen gegen die Ordnung und Sicherheit,

zu richten.

Die politisch-operative Arbeit ist in Erfüllung dieser Aufgaben auf der Grundlage der Beschlüsse und Dokumente der Partei- und Staatsführung zu entwickeln.

Dabei wird besonders auf die gemeinsame Anweisung über "Die Bekämpfung von Angriffen gegen die Staatsgrenze der DDR" des Generalstaatsanwaltes, des Präsidenten des Obersten Gerichtes und des Ministers des Innern vom 01.07.1965 sowie die Weisung des Ministers für Staatssicherheit vom 21.08.1965 und deren unbedingte Einhaltung verwiesen.

Die ständige politisch-ideologische Erziehung und fachliche Qualifizierung aller Mitarbeiter der zuständigen Linien und Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit ist für die Lösung der gestellten Aufgaben von entscheidender Bedeutung.

1. Zuständigkeit der Linien und Dienstseinheiten an der Staatsgrenze

Zuständig und federführend für die politisch-operative Tätigkeit in den Grenzgebieten, an der Staatsgrenze zu Westdeutschland, zu Westberlin und Nord (Küste) im Vorfeld, sind gemäß Befehl Nr. 10/66:

1.1. Die Hauptabteilung VII/Abteilung Grenzsicherung für die Koordinierung der politisch-operativen Sicherungstätigkeit aller Linien und Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit.

1.2. Die Hauptabteilung I/Aufklärung an der Staatsgrenze zu Westdeutschland, zu Westberlin und Nord (Küste) für:

- die Aufklärung von Garnisonen, Stützpunkten und Einrichtungen militärischer und halb-militärischer Formationen im Vorfeld;
- die Organisierung und Durchführung operativer Schleusungen sowie
- die Erstbefragung von Grenzverletzern West - DDR deutscher Nationalität einschließlich Angehöriger von militärischen und halb-militärischen Formationen. Grenzverletzer fremder Nationalität sind, soweit von mir nicht anders befohlen, ohne Befragung der zuständigen Bezirksverwaltung, Abteilung XV, zu übergeben.

- 1.3. Die Hauptabteilung I/Abwehr für politisch-operative Abwehraufgaben in den Einheiten, Truppenteilen und Verbänden der Nationalen Volksarmee.
- 1.4. Die Kreisdienststellen in den Grenzgebieten an der Staatsgrenze zu Westdeutschland, zu Westberlin und Nord (Küste) einschließlich Schutzstreifen, Sperrzone und Grenzsicherungsstreifen, für die gesamte politisch-operative Arbeit.
- 1.5. Die Abteilung Hafen der Bezirksverwaltung Rostock für die Durchführung der politisch-operativen Sicherungsaufgaben in den Häfen Rostock, Stralsund und Wismar, nach der Richtlinie der Hauptabteilung XIX.
- 1.6. Die operativen Linien der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen, in enger Zusammenarbeit mit den Grenz-Kreisdienststellen, für die politisch-operative Arbeit einschließlich der Aufklärung des Vorfeldes an der Staatsgrenze zu Westdeutschland, zu Westberlin und Nord (Küste) entsprechend ihrer Aufgabenstellung im Operationsgebiet.
- 1.7. Die Referate Reisen und Touristik der Bezirksverwaltungen/Verwaltung für die Erfassung und Auswertung aller politisch-operativen Möglichkeiten, die sich aus der Absicherung der Einrichtungen des Reisebüros einschließlich des Reise- und Touristenverkehrs ergeben.
- 1.8. Die Linie XX/5 für die Bearbeitung und Bekämpfung des Menschenhandels sowie Grenzprovokationen durch Organisationen, Personengruppen und Personen ~~a u ß e r h a l b d e r D D R~~ sowie geplante Republikfluchten und Schleusungen über das sozialistische Ausland, gemäß Befehl Nr. 373/64.

a. k. d.
Befehl 1/75
v. 15.12.75
WS 008 -
1118-75

~~Alle politisch-operativen Maßnahmen, Vorgänge und operativen Materialien sind nur nach Absprache mit der Linie XX/5 zu bearbeiten.~~

2. Die Arbeit mit dem IM- und GHI-Netz zum Schutze der Staatsgrenze

Zur Lösung der dem Ministerium für Staatssicherheit obliegenden Aufgaben zum Schutze der Staatsgrenze ist nach den in der Richtlinie 1/58 enthaltenen Prinzipien ein exakt organisiertes und vielseitig einsetzbares inoffizielles Netz zu schaffen. Es sind Personen als IM auszuwählen, die eine hohe Beweglichkeit besitzen und über die notwendigen geistigen und körperlichen Voraussetzungen verfügen, die sie befähigen, alle gestellten Aufgaben erfüllen zu können.

Durch die verantwortlichen Leiter sind bei IM-Werbungen hohe Anforderungen zu stellen und ein konsequenter Kampf gegen Schematismus und Routine zu führen. Das GHI-Netz ist unter Beachtung der speziellen Bedingungen der Arbeit in den Grenzgebieten aufzubauen und zu steuern. Die vorhandenen inoffiziellen Mitarbeiter sind ständig zu qualifizieren und ihren Möglichkeiten entsprechend einzusetzen bzw. zu nutzen.

In geeigneten Führungsstellen bzw. Einrichtungen und Institutionen der Deutschen Volkspolizei und des Staatsapparates sind Schlüsselpositionen zu schaffen bzw. zum Einsatz zu bringen.

3. Schwerpunkte der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze und damit zusammenhängende Probleme

Die operative Tätigkeit der Linien und Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit hat sich in den Grenzgebieten, an der Staatsgrenze zu Westdeutschland und zu Westberlin im Vorfeld sowie im Innern der DDR zu richten auf:

- 3.1. Die Feststellung feindlich tätiger Personen und Personengruppen in den Grenzgebieten.
- 3.2. Die Absicherung der Hauptrichtungen und Schwerpunkte von Grenzdurchbrüchen DDR-Westdeutschland-DDR, DDR-Westberlin-DDR.
- 3.3. Das rechtzeitige Erkennen geplanter Grenzdurchbrüche und Grenzprovokationen.
- 3.4. Die Ermittlung von Personen, die sich unrechtmäßig in den Grenzgebieten aufhalten.
- 3.5. Die Feststellung von Bewohnern in den Grenzgebieten, die über Grenzsicherungsmaßnahmen Auskünfte geben usw. bzw. Schleusungen durchführen.
- 3.6. Das Erkennen von Personen, die verdächtige Kontakte mit Angehörigen der bewaffneten Organe suchen bzw. halten.
- 3.7. Die Kontrolle der Rückverbindungen republikflüchtiger Personen.

- 3.8. Die Überwachung solcher Personenkreise, wie Rückkehrer, Erstzuziehende, ehemalige Häftlinge, ehemalige Grenzgänger, Schmuggler, Spekulanten u. a. negative Elemente.
- 3.9. Die Kontrolle angefallener Personen, die bereits einen Grenzdurchbruch versuchten.
- 3.10. Die Absicherung von Verkehrsknotenpunkten und Gaststätten.
- 3.11. Die Absicherung Volkseigener Betriebe, Objekte und Anlagen der Post, Gas-, Wasser- und E-Werke.
- 3.12. Die Überwachung alleinstehender Gebäude, die für den Gegner günstige Anlaufmöglichkeiten bilden.
- 3.13. Die Kontrolle von Personen, die sich zeitweise aus beruflichen Gründen oder zum Besuch in den Grenzgebieten aufhalten.
- 3.14. Das Wirken der politisch-ideologischen Diversion des Gegners auf die Grenzbevölkerung, besonders auf die Bevölkerung der Ostseeküste (internationaler Verkehr, Ostseewoche, Haupturlaubszentrum), die im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzten Personale der Deutschen Reichsbahn sowie des Güterkraftverkehrs und die Beschäftigten der Fischfang- und Handelsflotte.
- 3.15. Hemmnisse, die es bei der Durchsetzung der Beschlüsse und Dokumente von Partei- und Staatsführung gibt.
- 3.16. Die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Einhaltung von Ordnung und Sicherheit der Volkspolizei und Grenztruppen der NVA (wie werden von den Angehörigen

der bewaffneten Organe die Befehle und Dienst-
anweisungen durchgesetzt).

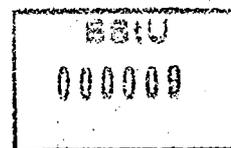
- 3.17. Das Kontrollsystem der bewaffneten Organe, beson-
ders an den Grenzübergangsstellen und Zufahrts-
wegen.
- 3.18. ~~Lücken~~ oder schwache Stellen im Grenzsicherungs-
system, der Sperrzone und des Schutzstreifens.
- 3.19. Die Tiefensicherung der Volkspolizei mit Hilfe
der ABV und ihrer Helfer.
- 3.20. Gute Einsichtsmöglichkeiten des Gegners und Stellen,
die sich für den Gegner zu Grenzprovokationen und
Grenzschleusungen eignen.

Erkannte feindliche Erscheinungen und verdächtige Personen
sind zielstrebig in Vorgängen und operativen Vorlaufakten
von der zuständigen Diensteinheit in voller Verantwort-
lichkeit zu bearbeiten. Festgestellte verbrechensbegünsti-
gende Bedingungen und Verstöße gegen die Ordnung und
Sicherheit sind im Zusammenwirken mit den Leitern der
zuständigen Organe schnellstens zu beseitigen.

4. Die politisch-operative Agitation im Rahmen der Grenz-
sicherung

Alle operativen Linien und Diensteinheiten haben der Be-
kämpfung der gegnerischen Tätigkeit in den Grenzgebieten,
an der Staatsgrenze zu Westdeutschland und zu Westberlin
im Vorfeld, mit den Mitteln der politisch-operativen
Agitation, größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die örtlichen und zentralen Publikationsmittel und die
Mittel der politisch-operativen Agitation müssen syste-
matisch zur Unterstützung der Abwehr- und Aufklärungs-
tätigkeit herangezogen werden.



Im Interesse einer zentralen Steuerung bei der politisch-operativen Entlarvung der Pläne und Absichten des Gegners ist eine kontinuierliche und exakte Berichterstattung, in geeigneten Fällen auch durch ergänzende Bilddokumentationen, absolut notwendig und entsprechend sicherzustellen.

Die politisch-agitatorische Arbeit zur Enthüllung von Provokationen, von Anschlägen gegen die Staatsgrenze, zur Bloßstellung von revanchistischen Stützpunkten im Vorfeld der Staatsgrenze zu Westdeutschland und zu Westberlin sowie zur Entlarvung der gegnerischen Tätigkeit unter Ausnutzung der Freizügigkeit im Grenzverkehr der sozialistischen Staaten, ist unumgänglich.

Das Aufzeigen der gegnerischen Tätigkeit in Verbindung mit der aktiven und abwehrenden Tätigkeit der Grenzbevölkerung ist für die Zurückdrängung der gegnerischen Tätigkeit als auch für die Festigung des Nationalbewusstseins unserer Bürger äußerst wertvoll.

III.

1. Die Verantwortlichkeit und allgemeinen Aufgaben der Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen und Kreisdienststellen bei der Organisation und Durchführung der politisch-operativen Arbeit an der Staatsgrenze

Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltung und Kreisdienststellen mit Staatsgrenze sind im Zuständigkeitsbereich an der Staatsgrenze zu Westdeutschland und zu Westberlin einschließlich Schutzstreifen, Grenzsicherungstreifen und Sperrzone für a l l e grundlegenden Maßnahmen der politisch-operativen Arbeit, die Organisation des Zusammenwirkens der Linien des Ministeriums für Staatssicherheit sowie das Zusammenwirken mit anderen bewaffneten Organen h a u p t v e r a n t w o r t l i c h.

BSU
000010

- 10 - GVS MfS 008-197/66

In der Grenzsperrzone, im Schutzstreifen bzw. Grenzsicherungsstreifen, sind besonders erfahrene operative Mitarbeiter einzusetzen, die ihre Zuverlässigkeit mehrfach unter Beweis gestellt haben.

Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltung und Kreisdienststellen haben den Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen im notwendigen Umfang Vorschläge über einzuleitende politische, militärische sowie koordinierende Maßnahmen zu unterbreiten.

Sie haben insbesondere zu gewährleisten, daß

- 1.1. die Lage auf Bezirks- bzw. Kreisebene, die politisch-operative Situation in den Grenzgebieten, an der Staatsgrenze zu Westdeutschland und zu Westberlin im Vorfeld, allseitig analysiert wird;
- 1.2. auf der Grundlage vorhandener Analysen die politisch-operative Arbeit organisiert und Maßnahmen zur Beseitigung operativer Schwerpunkte sowie verbrechensbegünstigender Bedingungen im Zusammenwirken mit anderen bewaffneten Kräften und staatlichen Organen eingeleitet und durchgesetzt werden;
- 1.3. auf Bezirks- bzw. Kreisebene regelmäßig zwischen den in den Grenzgebieten tätigen Linien I, II, VII, XV, XVIII, XIX, XX, HPP und den Referaten Reisen und Touristik der Bezirksverwaltungen (im Bezirk Rostock außerdem die Abteilung Hafen) zur Festlegung von politisch-operativen Schwerpunkten und Maßnahmen zu ihrer Bearbeitung, Beratungen stattfinden; die Möglichkeiten der Zollorgane sind dabei zu beachten;
- 1.4. die Erfahrungen und politisch-operativen Materialien der zu übernehmenden Mitarbeiter der Haupt-

abteilung I allseitig ausgewertet und entsprechend der konkreten örtlichen Lage genutzt werden;

- 1.5. Erkenntnisse und Erfahrungen bei der politisch-operativen Arbeit in den Grenzgebieten, insbesondere bei der Liquidierung von Untergrundgruppen und anderen feindlichen Elementen, für die Auswertung verallgemeinert und an die zuständigen Linien des MFS weitergeleitet werden.

2. Die speziellen Aufgaben der Leiter der Kreisdienststellen mit Staatsgrenze

Die Leiter der Kreisdienststellen sind neben den unter Punkt 1 genannten allgemeinen Faktoren verantwortlich für:

- 2.1. Die konsequente Durchsetzung der gegebenen Weisungen, Orientierung der politisch-operativen Tätigkeit und die Einleitung sowie Durchsetzung entsprechender Maßnahmen zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen, Menschen- und Materialschleusungen, Provokationen und anderer Feindtätigkeit, insbesondere durch Personen, die in den Grenzgebieten wohnhaft und beruflich tätig sind; die Absicherung erkannter Schwerpunkte, gegnerischer Hauptrichtungen und schwacher Stellen im eigenen Hinterland.
- 2.2. Die Organisation des Zusammenwirkens und die zweckentsprechende Nutzung aller in den Grenzkreisdienststellen tätigen Mitarbeiter zur Unterstützung der politisch-operativen Arbeit in den Grenzgebieten und Gewährleistung des Zusammenwirkens mit benachbarten Kreisdienststellen.

- 2.3. Die Gewährleistung einer zielgerichteten Arbeit und allseitigen Ausnutzung des inoffiziellen Netzes einschließlich der von der Hauptabteilung I übernommenen IM sowie sorgfältige Aufklärung und Auswahl perspektivvoller IM, gemäß Richtlinie 1/58; die Kontrolle über Operativ-Vorgänge und Vorlaufakten zur Organisation der politisch-operativen Abwehrarbeit in den Grenzgebieten.
- 2.4. Die Organisation des Zusammenwirkens an der Staatsgrenze zu Westdeutschland, zu Westberlin und Nord (Küste) mit der Hauptabteilung I/Aufklärung und Abwehr.
- 2.5. Die straffe Führung des Mitarbeiterbestandes zur Erreichung einer hohen politisch-operativen Sicherheit in den Grenzgebieten; die sorgfältige Analysierung aller operativen Hinweise der eigenen und anderen Kräfte (DVP/NVA) und den gegenseitigen Informationsaustausch unter Wahrung der Konspiration.
- 2.6. Das koordinierte Zusammenwirken aller bewaffneten Organe, insbesondere mit den Kommissariaten I der Abteilung - K -, zur maximalen Sicherung der Grenzgebiete und zur Lösung der spezifischen Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit.
- 2.7. Die ständige Übersicht über die bei der Deutschen Volkspolizei laufenden Ermittlungsverfahren, Kriminalakten sowie Hinweise und Informationen über Personen und Vorkommnisse in den Grenzgebieten.
- 2.8. Die Mitwirkung des Ministeriums für Staatssicherheit in den Kommissionen für Rückkehrer und Erstzuziehende der Kreise, bei der Bearbeitung von Zuzugsgenehmigungen für die Grenzgebiete bzw. grenz-

nahe Gebiete, auf der Grundlage der Instruktion "Zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit auf dem Gebiet der Rückkehrer bzw. Zuziehenden".

2.9. Die Zusammenarbeit mit den gewählten Volksvertretungen und deren Kommissionen.

2.10. Eine enge Zusammenarbeit mit den Parteiorganen auf Kreis- und örtlicher Ebene, um durch ideologische Einflußnahme die revolutionäre Wachsamkeit der Grenzbevölkerung zum Schutz der Staatsgrenze zu erhöhen.

3. Aufgaben der Leiter der Kreisdienststellen ohne Staatsgrenze

Die Leiter der Kreisdienststellen ohne Staatsgrenze sind verantwortlich für die Organisation und Durchführung der politisch-operativen Arbeit zur Verhinderung und Bekämpfung geplanter Grenzprovokationen, Grenzdurchbrüche und Republikfluchten sowie anderer nicht legaler Handlungen. Dabei besteht die Hauptaufgabe darin, daß solche Handlungen bereits vor der Durchführung liquidiert werden und feindliche Elemente nicht erst in den Bereich der Staatsgrenze gelangen.

OSIU
000014

- 14 - GVS MFS 008-197/66

IV.

1. Aufgaben und Verantwortungsbereiche des Leiters der
Abteilung Grenzsicherung in der Hauptabteilung VII

Der Leiter der gemäß Befehl Nr. 10/66 gebildeten
Abteilung Grenzsicherung in der Hauptabteilung VII
des Ministeriums für Staatssicherheit ist verantwort-
lich für:

- 1.1. Die konsequente Durchsetzung und Kontrolle
gegebener Weisungen.
- 1.2. Die planmäßige, systematische Anleitung und Kon-
trolle der Referate Grenzsicherung der Bezirks-
verwaltungen/Verwaltung und Sachgebiete Grenz-
sicherung der Kreisdienststellen zur Erhöhung der
politisch-operativen Sicherheit an der Staatsgrenze
und in den Grenzgebieten.
- 1.3. Die ständige Einschätzung der politisch-operativen
Situation in den Grenzgebieten, in Zusammenarbeit
mit den zuständigen Linien und Diensteinheiten
einschließlich der systematischen Auswertung von
Vorkommnissen und Erscheinungen, die gegen die
Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten gerichtet
sind.
- 1.4. Die Analysierung der operativen Schwerpunkte im
Grenzsicherungssystem, der verbrechensbegünstigenden
Bedingungen sowie die Herausarbeitung der Haupt-
richtungen der feindlichen Tätigkeit, einschließ-
lich der kontinuierlichen Weitervermittlung dies-
bezüglicher Erkenntnisse an die Referate Grenz-
sicherung der Bezirksverwaltungen.

- 1.5. Die Organisation und Durchführung politisch-operativer Maßnahmen zur Beseitigung operativer Schwerpunkte und verbrechensbegünstigender Bedingungen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stäben der Nationalen Volksarmee und Abstimmung mit der Hauptabteilung I.
- 1.6. Das planmäßige Zusammenwirken und Koordinieren von Aufgaben mit den zuständigen Diensteinheiten des MfS, insbesondere den Linien I, II, HV-A, XVIII, XIX, HPF und ASR.
- 1.7. Die Verallgemeinerung und Weitergabe von Erfahrungswerten bei der politisch-operativen Arbeit, insbesondere bei der Liquidierung von Untergrundgruppen und anderen feindlichen Elementen.
- 1.8. Die Abstimmung von Maßnahmen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten gemäß Dienstanweisung Nr. 39/64 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei, zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit, dem Ministerium des Innern, der Zollverwaltung der DDR und über die Hauptabteilung I zu den Kommandos der Nationalen Volksarmee.
- 1.9. Die Durchführung von zentralen Spezialschulungen mit den leitenden Mitarbeitern Grenzsicherung auf Bezirks- und Kreisebene zur Erhöhung der speziellen politisch-operativen Kenntnisse.

BSIU
000016

2. Aufgaben und Verantwortungsbereiche der Leiter der Referate Grenzsicherung in den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen/Verwaltung

Die Leiter der gemäß Befehl Nr. 10/66 gebildeten Referate Grenzsicherung in den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen/Verwaltung sind verantwortlich für:

- 2.1. Die konsequente Durchsetzung und Kontrolle gegebener Weisungen.
- 2.2. Die zielgerichtete Anleitung und Kontrolle der Sachgebiete Grenzsicherung in den Kreisdienststellen bei der Lösung der politisch-operativen Aufgaben sowie Verallgemeinerung und Auswertung von operativen Erfahrungen.
- 2.3. Die Gewährleistung einer wirksamen Arbeit mit dem inoffiziellen Netz sowie die zweckmäßige Auswahl und Aufklärung perspektivvoller GM und GI gemäß Richtlinie 1/58.
- 2.4. Die ständige Einschätzung der politisch-operativen Situation in den Grenzgebieten und im Vorfeld der Staatsgrenze zu Westdeutschland und zu Westberlin zur
 - rechtzeitigen Erkennung der operativen Schwerpunkte,
 - Feststellung von Lücken im Grenzsicherungssystem,
 - Aufdeckung und Beseitigung verbrechensbegünstigender Bedingungen und Einleitung von Maßnahmen zur positiven Veränderung der politisch-operativen Situation.

- 2.5. Die ständige Koordinierung und Zusammenarbeit mit den Grenzsachbearbeitern der Hauptverwaltung A, den zuständigen Mitarbeitern der Abteilungen XX/5 und den Leitern der Abteilungen Paßkontrolle und Fahndung sowie Leitern der Referate Reisen und Touristik der Bezirksverwaltungen (in der Bezirksverwaltung Rostock außerdem mit dem Leiter der Abteilung Hafen) und den Leitern der Unterabteilungen Abwehr und Aufklärung Grenztruppen der Hauptabteilung I.
- 2.6. Die Führung der Auskunftskarte nach den in der Anlage dargelegten Punkten.
- 2.7. Die Ausarbeitung eines Alarmierungssystems für das inoffizielle Netz einschließlich der Festlegung von Legenden-Varianten.
- 2.8. Die ständige Führung einer zahlenmäßigen Bezirksübersicht über alle bei den operativen Linien und Dienststeinheiten in Bearbeitung befindlichen Operativ-Vorgänge und Operativ-Vorläufe in Richtung Staatsgrenze.
Soweit Vorgänge zum Problem Menschenhandel unmittelbar die Fragen der Sicherung der Staatsgrenze betreffen, sind sie gemäß Befehl Nr. 299/65 der Linie VII (Referate Grenzsicherung) zu melden und in der Übersicht aufzunehmen.
- 2.9. Die zielstrebige Anleitung und Kontrolle der in Bearbeitung befindlichen Vorgänge bei den Dezernten I und II der Abteilungen - K - der BDVP/PdVP zur Lösung der spezifischen Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit.

- 2.10. Die Aufrechterhaltung einer zuverlässigen Verbindung zu den Abteilungen S/VK und PM der BDVP/PdVP/Gebietskommando Wismut hinsichtlich der Sicherung der Grenzgebiete durch operative Maßnahmen der Deutschen Volkspolizei und der Wahrnehmung der ihr durch Verordnung des Ministerrates übertragenen Aufgaben.
- 2.11. Die Absicherung der im Verantwortungsbereich liegenden Objekte der Deutschen Volkspolizei und Zollverwaltung der DDR.
Die Verantwortung der Hauptabteilung I für die Objekte der Nationalen Volksarmee sowie der HPF für die Grenzübergangsstellen werden davon nicht berührt.
- 2.12. Die ständige analytische Tätigkeit und Einschätzung der politisch-operativen Situation im Zuständigkeitsbereich durch gewissenhafte Auswertung aller offiziellen und inoffiziellen Materialien.
Die Erfassung negativer Erscheinungen, Personen und verbrechensbegünstigenden Umstände in der Kerblockkartei der Bezirksverwaltung.
Die Weiterleitung von Hinweisen über geplante Grenzprovokationen und Schleusungen an die Abteilung XX/5 der Bezirksverwaltung/Verwaltung.
- 2.13. Die Einhaltung des Befehles Nr. 299/65 und der auf dessen Grundlage basierenden Festlegungen über die politisch-operative Informations- und Auswertungstätigkeit.
- 2.14. Mitarbeit in den Kommissionen für Rückkehrer und Neuzuziehende auf der Grundlage der Instruktion "Zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit auf dem Gebiet der Rückkehrer und Zuziehenden".

In den Bezirksverwaltungen/Verwaltung ohne Staatsgrenze hat die Abteilung VII die Bezirksübersicht über alle Operativ-Vorgänge und Operativ-Vorläufe in Richtung Staatsgrenze bei den operativen Linien und Dienststeinheiten zu führen, ausschließlich Delikten des Menschenhandels.

Wird bei der Bearbeitung von Vorgängen in Richtung Staatsgrenze der mögliche Raum der Handlungen ermittelt, so ist das Referat Grenzsicherung der zuständigen Bezirksverwaltung/Verwaltung zu informieren.

3. Aufgaben und Verantwortungsbereiche der Leiter der Sachgebiete Grenzsicherung bei den Leitern der Grenz-Kreisdienststellen

Die Leiter der gemäß Befehl Nr. 10/66 gebildeten Sachgebiete Grenzsicherung in den Grenz-Kreisdienststellen sind verantwortlich für:

- 3.1. Die konsequente Durchsetzung und Kontrolle gegebener Weisungen.
- 3.2. Den zielgerichteten, planmäßigen Auf- und Ausbau eines wirkungsvollen IM-Netzes und Einflußnahme auf die umfassende Ausnutzung der vorhandenen inoffiziellen Mitarbeiter der Linien zur
 - Aufdeckung von Plänen und Absichten des Gegners,
 - Aufklärung gegnerischer Mittel und Methoden,
 - Erkennung operativer Schwerpunkte,

- Aufdeckung und Beseitigung verbrechensbegünstigender Bedingungen,
 - Verhinderung von Menschen- und Materialschleusungen und anderer Feindtätigkeit in den Grenzgebieten.
- 3.3. Die gewissenhafte und planmäßige Bearbeitung von verdächtigen Personen in Operativ-Vorgängen und Operativ-Vorläufen, insbesondere durch Nutzung inoffizieller Möglichkeiten.
- 3.4. Die ständige Einschätzung der politisch-operativen Situation in den Grenzgebieten, die richtige Auswertung aller offiziellen und inoffiziellen Hinweise und Materialien und deren kernblockmäßige Erfassung.
- 3.5. Die gewissenhafte Erarbeitung und ständige Führung der "Leitakten Grenzsicherung" nach der von der Hauptabteilung VII/Abteilung Grenzsicherung herausgegebenen zentralen Orientierung.
- 3.6. Die Führung der Auskunftskarte nach den in der Anlage 1 dargelegten Punkten.
- 3.7. Das enge Zusammenwirken mit den Diensteinheiten bzw. Mitarbeitern der Hauptabteilung I und der Abteilung Paßkontrolle und Fahndung (in der Bezirksverwaltung Rostock außerdem mit den Referaten der Abteilung Hafen) der Bezirksverwaltung.
- 3.8. Die zielgerichtete Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspolizei, insbesondere mit den Dezernaten I und II der Abteilungen - K - der VPKÄ/VPI, den Abteilungen Inneres sowie den Kommissionen für

Ordnung und Sicherheit, zur Durchsetzung der spezifischen Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit.

Eine Behinderung der einzelnen Organe ist unbedingt zu vermeiden.

- 3.9. Die Aufrechterhaltung einer ständigen und zuverlässigen Verbindung zu den Abteilungen S/VK und PM der VPKÄ/VPI hinsichtlich der Sicherung der Grenzgebiete durch operative Maßnahmen der Deutschen Volkspolizei und der Wahrnehmung der ihr durch Verordnung des Ministerrates übertragenen Aufgaben.
- 3.10. Mitarbeit in den Kommissionen für Rückkehrer und Neuzuziehende auf der Grundlage der Instruktion "Zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit auf dem Gebiet der Rückkehrer und Zuziehenden".

V.

1. Im Rahmen der politisch-operativen Tätigkeit der Linien und Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit, der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen und Kreisdienststellen sind auf dem Gebiet der technisch-physikalischen Abwehr und Aufklärung im wesentlichen folgende Ausgangsangaben zu erarbeiten und den Diensteinheiten Grenzsicherung zur Erfassung, Auswertung bzw. Koordinierung zuzuleiten:
 - 1.1. Einrichtungen und Mittel, die ihrem Charakter nach zur drahtlosen (Funk) grenzüberschreitenden Nachrichtenübermittlung geeignet sind bzw. ab- oder mitgehört werden können.
 - 1.2. Grenzüberschreitende Versorgungsverbindungen aller Art (Ferngas- Hochspannungsleitung, Nachrichtenkabel usw.).

- 1.3. Ökonomische, militärische und politische Einrichtungen und Institutionen, deren Funktion durch grenzüberschreitende technische Mittel beeinträchtigt bzw. unterbunden werden kann (z.B. Funkfernsteueranlagen u.a.).

VI.

1. Der Hauptabteilung IX und den Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen sind alle Verfahren, in denen der dringende Verdacht der Nachrichtenübermittlung oder der Verbindungsaufnahme zu Schleuserorganisationen oder Terroristengruppen sowie terroristische Anschläge gegen die Staatsgrenze der DDR und der organisierte Menschenhandel begründet ist, unverzüglich zur Bearbeitung zu übergeben.
2. Verfahren, die zunächst nur nach § 8 des Paßgesetzes bzw. § 5 der Paßverordnung eingeleitet werden können, sind durch die Abteilungen IX nur dann zu bearbeiten, wenn sie politisch-operativ von Bedeutung sind. Das sind insbesondere Verfahren im Zusammenhang mit Terror- und Schleuserorganisationen bzw. Anwendung besonderer Mittel und Methoden, wie Waffen, Kfz, Pässe usw. Die Entscheidung hierüber liegt beim Leiter der Bezirksverwaltung/Verwaltung.
3. Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen gewährleisten die notwendige Koordinierung der Abteilungen IX mit den Dezernaten II der Abteilungen - K - der BDVP/PdVP/Gebietskommando Wismut.

Die qualifizierte Anleitung der Mitarbeiter der Vernehmungsstützpunkte der VP und die Auswertung der dort erarbeiteten analytischen Werte obliegt den Abteilungen IX.

BStU
000023

VII.

a. k. d.
Befehl 1/15
v. 15.12.75
WS 008 -
1118/75

1. Alle Haupt- oder selbständigen Abteilungen im MfS haben die vorhandenen und anfallenden Vorgänge, Hinweise und Informationen über Personen, Methoden und Mittel (Kfz u. a.), die an Schleusungen beteiligt bzw. dazu ausgenutzt wurden oder in diesem Verdacht stehen, an die Hauptabteilung XX/5 zu melden, um eine gemeinsame Bearbeitung festzulegen. Analog ist von den Linien und Dienststeinheiten in den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen gegenüber der Abteilung XX zu verfahren. Die Linie XX/5 in den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen meldet an die Hauptabteilung XX/5.
2. Durch die Hauptabteilung XX/5 sind die Erscheinungen, Mittel und Methoden des organisierten Menschenhandels und die von feindlichen Zentren und Personen außerhalb der DDR organisierten Grenzprovokationen ständig zu analysieren. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind den zuständigen Linien I, VII, IX, HPF und ASR zu übermitteln, damit diese Dienststeinheiten die erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit der Staatsgrenze einleiten können.
3. Die Leiter aller Linien und Dienststeinheiten haben zur wirksamen Bekämpfung des organisierten Menschenhandels alle Möglichkeiten der vorhandenen IM voll zu nutzen und die Hauptabteilung XX/5 damit zu unterstützen.

VIII.

1. Die in der Durchführungsanweisung festgelegte Verantwortlichkeit der Leiter im Rahmen der Zusammenarbeit der Linien des Ministeriums für Staatssicherheit und mit anderen bewaffneten Organen sowie staatlichen Dienststellen bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten, ist strikt einzuhalten und bildet die Grundlage für eine erfolgreiche politisch-operative Tätigkeit der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit.

2. Die gesamte unmittelbare auf die Sicherung der Staatsgrenze gerichtete politisch-operative Arbeit auf zentraler, bezirklicher und Kreisebene erfolgt auf der Grundlage eines abgestimmten und unter Federführung der Hauptabteilung VII/Abteilung Grenzsicherung erarbeiteten Halbjahresplanes.
3. In den Grenzkreisen sind unter Leitung der Leiter der Kreisdienststellen monatlich Besprechungen mit den auf Kreisebene zuständigen Leitern der Hauptabteilung I, der HPF, den Leitern der Sachgebiete Grenzsicherung, den Grenzsachbearbeitern der HV-A-, den Leitern der Referate Reisen und Touristik (in der Bezirksverwaltung Rostock außerdem mit den zuständigen Referatsleitern der Abteilung Hafen) und den zuständigen Mitarbeitern der Abteilung XX/5 durchzuführen.

Wesentlicher Inhalt dieser Besprechungen muß sein:

- Einschätzung der Lage
- Herausarbeiten der operativen Schwerpunkte
- Festlegen von politisch-operativen Maßnahmen mit Terminstellung und Verantwortlichkeit
- Festlegung von Kontrollmaßnahmen.

Zu diesen Besprechungen können in Abhängigkeit von der Problemstellung Mitarbeiter weiterer Linien herangezogen werden.

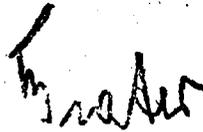
Die Leiter der Referate Grenzsicherung nehmen an diesen Besprechungen gleichfalls teil und haben besonders auf die qualifizierte Vorbereitung dieser Besprechungen Einfluß zu nehmen.

Gehören mehrere Kreisdienststellen zum Zuständigkeitsbereich eines Grenzregimentes, ist durch den Leiter der zuständigen Bezirksverwaltung/Verwaltung zu gewährleisten, daß die monatlichen Besprechungen **e i n m a l** und **z e n t r a l** durchgeführt werden.

4. In den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen mit Staatsgrenze sind vierteljährlich sinngemäß gleiche Beratungen unter Leitung des zuständigen Stellvertreters des Leiters der Bezirksverwaltung/Verwaltung durchzuführen.

Schlußbestimmungen

Die Durchführungsanweisung Nr. 1 ist den operativen Mitarbeitern in allen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit zu erläutern.



Generalleutnant

Anlage 1

zur GVS MfS 008-197/66
Blatt 1

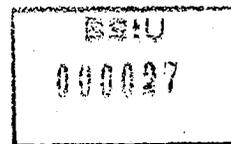
Inhalt der in a l l e n Grenzbezirken und Grenzkreisen zu
führenden Auskunfts-karten

Allgemein für a l l e Bezirke und Kreise mit Staatsgrenze:

- Staatsgrenze, Bezirks- und Kreisgrenzen
- Führungspunkte der NVA, insbesondere der Grenztruppen
- Grenzübergangsstellen
- Raststätten an den Straßen und Grenzübergangsstellen
- Wichtige Industriebetriebe, staatliche Institutionen, Einrichtungen und Anlagen im Zuständigkeitsbereich
- Politisch-operative Lage, einschließlich Vorkommnisse nach Schwerpunkten
- Grenzdurchbrüche in beiden Richtungen

Zusätzlich für Bezirke und Kreise mit Staatsgrenze zu
Westdeutschland, zu Westberlin bzw. Nord (Küste):

- Straßen-Kontrollpunkte der Deutschen Volkspolizei
- Begrenzung des 500-m-Schutzstreifens bzw. des Grenzsicherungsstreifens und des 5-km-Sperrgebietes
- Grenzbefestigungen
- Trennungslinien der Einheiten und Truppenteile der NVA/Grenze



- 2 -

Anlage 1 zur
GVS MfS 008-197/66
Blett 2

Im westlichen Vorfeld:

- Grenzen der Regierungsbezirke und Kreise
- Führungspunkte der NATO, des BGS und Zoll,
einschließlich der Zivilverteidigung
- Provokationen nach Art und Schwerpunkten
- Punkte und Räume von Grenzbefestigungen
- Konzentrierungen von Landsmannschaften und
anderen revanchistischen Organisationen